

Bomben und Begnadigungen

Nach einer massiven Militärintervention will Nigerias Zentralregierung das ölproduzierende Nigerdelta nun mit einer Amnestie befrieden. Das wird kaum gelingen.

Von Ruben Eberlein

Vor sechs Jahren kam eine Gruppe nigerianischer und internationaler Experten in einem internen Bericht für ihren Auftraggeber Shell Petroleum Development Company (SPDC) zu folgendem Schluß: »Es würde überraschen, wenn die Unternehmen von Shell die Festlandförderung von Erdöl im Nigerdelta über 2008 hinaus fortsetzen können und dabei gleichzeitig in Übereinstimmung mit den offiziellen Geschäftsprinzipien von Shell handeln.« Die Praktiken des Unternehmens – unter anderem die Zusammenarbeit mit Rebellen und kriminellen Gruppen sowie die unkoordinierten und in sozialer Hinsicht verheerenden »Entwicklungsinitiativen« – trügen, so hieß es dort, im Zusammenspiel mit anderen Faktoren die Verantwortung für die fortgesetzte Kriminalisierung der Konflikte im Nigerdelta, die durch die Erdölförderung in den vergangenen Jahrzehnten ausgelöst worden sind.

Einige Prognosen der Expertengruppe sind Realität geworden. Im März 2009 betrug der offizielle Öllexport aus Nigeria 1,6 Millionen Barrel pro Tag. Das ist ein Rückgang um eine Million Barrel im Vergleich zu 2006. Ende Juni stellte die SPDC vorläufig die Förderung im westlichen Nigerdelta vollständig ein. Die Attacken von aufständischen Gruppen auf die Öl-Infrastruktur, deren Sabotage durch kriminelle Syndikate und eine Entführungsindustrie, die es neben ausländischen auch auf nigerianische Mitarbeiter der Ölfirmen abgesehen hat, haben das Nigerdelta im Laufe der letzten Jahre von einer Region permanenter politischer und sozialer Instabilität in eine Kriegszone verwandelt. Die Grenzen zwischen staatlichen Institutionen, privaten Unternehmen, sogenannten Rebellen und Kriminellen sind fließend (siehe KONKRET 8/08).

Nach dem Sinken der Rohölpreise genießt die Erhöhung der Produktion für den Zentralstaat, der finanziell am Tropf der Ölrente hängt, höchste Priorität. Mitte Mai 2009 startete die Zentralregierung über ihre Joint Task Force (JTF) die größte Militäraktion im Nigerdelta seit der Wiedereinführung der Zivilherrschaft im Jahr 1999. Kampfhubschrauber, Bodentruppen und Kriegsschiffe attackierten Camps und Dörfer im Bundesstaat Delta, die als Rückzugsgebiete von Aufständischen gelten. Mehr als vier Dutzend Camps soll es im Nigerdelta geben, manche Schätzungen gehen von bis zu 25.000 ausgebildeten Kämpfern aus. Nach Be-

richten lokaler Menschenrechtsgruppen sollen bei der jüngsten Attacke der JTF Hunderte Zivilisten ums Leben gekommen sein, Tausende Menschen wurden in die Flucht getrieben.

Die Angriffe der JTF richteten sich vor allem gegen das sogenannte Camp 5, das unter der Kontrolle von High Chief Government »Tompolo« Ekpemupolo, eines mit der Bewegung für die Emanzipation des Nigerdeltas (Mend) verbundenen Rebellenführers im westlichen Nigerdelta, stand. Von der Armee nach der Einnahme dieses Camps sichergestellte Dokumente, so berichtete »Africa Confidential«, belegten die engen Verbindungen zwischen Tompolo und den Gouverneuren der Bundesstaaten Rivers, Bayelsa und Delta. Diese wiesen die Behauptungen empört zurück. Sie hätten Tompolo, der inzwischen untergetaucht ist, keineswegs Millionen US-Dollar aus öffentlichen Kassen zur Verfügung gestellt.

Der bewaffnete Kampf im Nigerdelta kann auf die Unterstützung der verbitterten Bevölkerung zählen

Für Udengs Eradiri, Generalsekretär des Ijaw Youth Council (IYC), einer der aktivsten sozio-ethnischen Vereinigungen der im Nigerdelta ansässigen Ijaw, lief die jüngste Intervention der JTF nach einem bekannten Muster ab. Die lokalen Militärs und Politiker seien oft in den großangelegten Öldiebstahl im Nigerdelta verstrickt, berichtete er KONKRET: »Wenn alles gut läuft, sitzen die Militärs in ihren Camps und profitieren gemeinsam mit den Rebellengruppen von der illegalen Förderung und Ausfuhr von Rohöl. Aber wenn es zu einer Auseinandersetzung über diese Geschäfte kommt, wird die Armee herbeigerufen, um gegen die Communities vorzugehen.« Das undokumentierte Abzapfen von Rohöl und dessen Export, an dem offensichtlich auch Angestellte der Ölfirmen teilhaben, ist – knapp vor dem Transitgeschäft mit Kokain – der bedeutendste illegitime Handel Westafrikas und die wichtigste materielle Ressource lokaler Herrschaftsverhältnisse.

Die Verquickung zwischen offiziellen Repräsentanten des Staates, Militärs und aufständischen beziehungsweise kriminellen Organi-

sationen und das Schattennetzwerk der Macht, das diese Melange hervorbringt, ist ein entscheidender Grund für die Verstärkung der bewaffneten Konflikte im Nigerdelta. Darüber hinaus gibt es jedoch auf allen Ebenen auch einige Akteure, denen aus verschiedenen Gründen an einer dauerhaften Beilegung der Konflikte gelegen ist. Das hat eine verwirrende und oft widersprüchliche Politik im und gegenüber dem Nigerdelta zur Folge. Profiteure der Kriegswirtschaft verstehen sich meisterhaft auf die Manipulation der verschiedenen Interventionen und auf das Einfahren einer Extrarente, die aus diesen Widersprüchen erwächst.

Die private Aneignung öffentlicher Gelder läuft zum Beispiel über das Budget für Sicherheit, das dem Nationalstaat, den Bundesstaaten und den lokalen Verwaltungen zur Verfügung steht. Der Einsatz dieser Finanzen muß nicht belegt oder nachgewiesen werden, und so gibt es über die Verwendung der Gelder keinerlei Kontrolle. Es ist also ebenso leicht wie verlockend, zum Beispiel ein Sammelwerk für Erdöl oder eine Pipeline zerstören zu lassen, um dann die eigene oder eine anderweitig genehme Firma mit der Reparatur der Schäden zu beauftragen. Auch Entführungen, bei denen beträchtliche Summen gezahlt werden, stellen unter diesen Umständen ein einträgliches Geschäftsmodell dar.

Ende Juni wurden die militärischen Aktivitäten der JTF zunächst reduziert, und die Regierung des Präsidenten Umaru Musa Yar'Adua leitete die zweite Phase ihrer aktuellen Strategie zur Befriedung des Nigerdeltas ein. Sie bot den Aufständischen eine Amnestie an, die ihre Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung vorsieht. Doch ein sachkundiger Beobachter aus dem Nigerdelta äußerte sich dazu gegenüber KONKRET skeptisch. Sie sei vor allem an das Spitzenpersonal der kriminellen Syndikate gerichtet – also aktive oder ehemalige Politiker –, um diese vor einer möglichen gerichtlichen Verfolgung zu schützen. Die Erfahrungen mit verschiedenen anderen Gnadenerlassen aus früheren Jahren sind ebenfalls alles andere als ermutigend. Umerziehung, der Kauf von Kleinwaffen und die Zahlung einer kleinen »Starthilfe« für ein ziviles Leben hindern angesichts von hoher Arbeits- und allgemeiner Perspektivlosigkeit viele ehemalige Militante nicht daran, nach einer gewissen Schamfrist wieder in das Kriegsgeschäft einzusteigen.

Mend, die eher als eine Art Markenbezeichnung für eine Vielzahl von bewaffneten Gruppen denn als geschlossene Miliz agiert, bedachte ihrerseits die Ankündigung der Amnestie mit Hohn und Spott. In einer Botschaft an die Presse heißt es: »Wir fordern politische Schläger, bewaffnete Räuber, Geiselnahmer und Piraten aus anderen Staaten Nigerias auf, das Angebot der Regierung zu nutzen, zu einem der Zentren im Nigerdelta zu reisen und ihre Waffen gegen Straflosigkeit einzutauschen. Kommt mit der ganzen Gang und laßt euch rehabilitieren mit freier Ausbildung und Geld für ein legi-



Soziales, politisches, ökologisches Desaster: Shell-Angestellte und nigerianische Truppen sichern eine Ölpipeline, Nigerdelta, Dezember 2004

times Geschäft. Das ist eine einmalige Möglichkeit in einem Land, in dem so viele Graduierte keine Jobs finden können und Mädchen nicht länger aus Liebe heiraten.« Die Antragsteller, so empfiehlt Mend weiter, sollten sich Namen zulegen, die möglichst große Panik auslösen – »wie Osama bin Laden, 9/11, Taliban, Mudschaheddin und so weiter«. Mittlerweile befinden sich allerdings einige Mend-Kommandeure in Verhandlungen mit der Regierung.

Für andere Rebellenführer ist das Amnestieangebot offenbar nichts weiter als ein Versuch, den von ihnen ausgetragenen Kampf um »Ressourcenkontrolle« und »wahrhaftigen Förderalismus« im Nigerdelta aufzukaufen. Eine ihrer Vorbedingungen für jegliche Verhandlungen mit der Zentralregierung, die Freilassung von Henry Okah, erfüllte die Regierung Mitte Juli nur Stunden nach einem spektakulären Bombenanschlag auf einen Ölhafen in der nigerianischen Metropole Lagos, zu dem sich Mend bekannte. Der Waffenhändler Okah, ein Anführer des Dachverbandes der Rebellen, wurde im September 2007 in Angola verhaftet und nach Nigeria ausgeliefert. Er stand unter anderem wegen Hochverrats vor Gericht. Die Verhandlung lief unter Ausschluss der Öffentlichkeit, weil nach Meinung vieler Beobachter die Verbindungen zwischen ihm und seiner Gruppe einerseits und hochrangigen Politikern Nigerias andererseits unter Verschluss gehalten werden sollten.

Die Zentralregierung versucht mit der Amnestie wieder einmal, Zeit zu gewinnen. Gleichzeitig zeigen sich die Grenzen ihres Einflusses im Nigerdelta angesichts der Unfähigkeit beziehungsweise des Unwillens, die Empfehlungen zahlreicher Expertengruppen in Bezug auf die Region im Süden Nigerias umzusetzen. Vor einem Jahr ermutigte Präsident Yar'Adua die Milizen gar, sich als Sicherheitsfirmen für die Erdölkonzerne registrieren zu lassen. Einerseits wäre das nur konsequent, da einige der militan-

ten Gruppen ihre Karriere als informelle Sicherheitsdienstleister für die Ölmultis begonnen haben. Andererseits symbolisiert dieser Vorschlag eine gewisse Verzweiflung auf Seiten der Zentralregierung angesichts der ungelösten Frage, wie sie mit dem sozialen, politischen und ökologischen Desaster im Nigerdelta umgehen soll.

Der anfangs zitierte Befund der von der SPDC engagierten Expertengruppe trifft allerdings nicht nur auf diese Unternehmen zu. Analysten der nigerianischen Ölindustrie meinen sogar, daß Shell im Vergleich zu Chevron, Total, Agip oder ExxonMobil verhältnismäßig verantwortungsvoll agiere. Wie groß die Widerstände gegen eine tiefgreifende Veränderung der katastrophalen Gegebenheiten im Nigerdelta sind, verdeutlicht eine einfache Rechnung: Wenn man die Zahl der Superreichen in Nigeria vorsichtig auf ein Prozent der Bevölkerung veranschlagt, sind das bei insgesamt 140 Millionen Einwohnern immerhin 1,4 Millionen Menschen. Diese mächtige Schicht, die einen guten Teil des Jahres im europäischen oder US-amerikanischen Ausland verbringt, hat wenig bis keinerlei Interesse daran, daß sich am permanenten Ausnahmezustand im Nigerdelta etwas ändert.

Ein höchst einflussreicher Vertreter dieser Gruppe ist James Ibori. Der vermögende ehemalige Gouverneur des Bundesstaats Delta (1999 bis 2007), gegen den in Großbritannien, den USA und Nigeria selbst wegen Geldwäsche und Korruption ermittelt wurde und wird, agiert heute als eine Art inoffizieller Berater des Präsidenten Yar'Adua. Ibori verschaffte sich durch die großzügige finanzielle Unterstützung der regierenden PDP in den Wahlen von 2007 faktische Immunität für den ihm vorgeworfenen massiven Diebstahl öffentlicher Gelder und die Involvierung in die kriminellen Machenschaften im Nigerdelta. Heute steht Emmanuel Uduaghan, der Cousin Iboris, als Gouverneur

an der Spitze des Staates Delta. Ibori selbst läßt sich derweil mit öffentlichen Aufträgen bei Laune halten.

Der nigerianische Staat nimmt wöchentlich Hunderte Millionen US-Dollar aus dem Ölgeschäft ein. Diese Rente und der Kampf um sie hat eine politisch und sozial extrem polarisierte Gesellschaft hervorgebracht und andere Wirtschaftszweige – vor allem die Landwirtschaft – in den Ruin getrieben. Gewalt und Aggressivität prägen auch das alltägliche Leben; angesichts der nichtexistenten Verwaltung und des korrupten Gerichtswesens sind die Herrschaft von Gangs und Selbstjustiz an der Tagesordnung. Auch im Norden Nigerias, wo Ende Juli ein Aufstand militanter Islamisten und ein darauf folgendes Massaker des Militärs Hunderte Menschen das Leben kostete, verschärfen sich die Konflikte. »Der Pfeife rauchende Autor, ausgestattet mit der Schreibfeder«, schreibt der Nigerdelta-Experte Michael Watts im Bildband *Curse of the Black Gold* in Anspielung auf den 1995 hingerichteten Mosop-Anführer Ken Saro-Wiwa, »wurde ersetzt durch die Figur des maskierten Kämpfers, bewaffnet mit der allgegenwärtigen Kalaschnikow, der Schreibmaschine des Analphabeten.«

Der bewaffnete Kampf im Nigerdelta kann auf weite, kaum verhohlene Unterstützung in der verbitterten und perspektivlosen Bevölkerung des Nigerdeltas zählen. Es scheint, als ob nur ein sofortiger Stop der Öl- und Gasförderung die Grundlage für einen neuen nigerianischen Gesellschaftsvertrag schaffen könnte. Doch ehe die Akteure des »Oil Complex« (Watts) – Militär, Staat und Ölmultis – diese Möglichkeit überhaupt in Betracht ziehen, werden Mend und andere möglicherweise ihr Ziel eines vollständigen Stopps der nigerianischen Ölförderung auf ihre Weise erreicht haben. ●

Ruben Eberlein schrieb in *KONKRET* 7/09 über die Konflikte im Sudan